

**SVP INTERNATIONAL**  
Postfach 8252, CH-3001 Bern  
Tel +41 31 300 58 58  
Fax +41 31 300 58 59  
Email: [info@svp-international.ch](mailto:info@svp-international.ch)  
Internet: <http://www.svp-international.ch>



# Newsletter SVP International

Ausgabe Mai 2012

## Personelle Entscheide und erfreuliche Sektionsgründung

---

**Die Generalversammlung der SVP International findet heuer am 17. August in Lausanne statt. Wie jedes Jahr ist die GV auch heuer wieder im Umfeld des Auslandschweizer-Kongresses angelegt. Es würde mich sehr freuen, möglichst viele Mitglieder an meiner letzten GV als Präsident der SVP International begrüssen zu dürfen.**

An der Generalversammlung wird neben den alljährlichen Geschäften auch der **Vorstand der SVP International erneuert**. Wie erwähnt, wird auch mein Nachfolger als Präsident der SVP International gewählt. Bisher haben sich Inge Schütz und Roman Rauper für das Amt gemeldet. Beide haben sich bereits als Vorstandmitglieder seit Jahren für die SVP International eingesetzt. Auch das Vizepräsidium wird neu zu besetzen sein, da Peter Simon Kaul aus Zeitgründen dieses Amt niederlegt. Daneben gibt es zwei weitere Vakanzen im Vorstand mit den Rücktritten von Karl Bachmann und André Reymond. Anstelle von André Reymond schlägt der Vorstand Nationalrat Roland Rino Büchel, der erfreulicherweise vor kurzem in den Vorstand der Auslandschweizer-Organisation gewählt wurde (s. unten), vor. Personell verheisst diese GV somit einige spannende Entscheide.

Erfreulich für die SVP International verliehen aber auch die **Wahlen in den Leitenden Ausschuss und den Zentralvorstand der SVP Schweiz**. Endlich ist der Präsident der SVP International auch Mitglied des Leitenden Ausschusses der SVP. Somit kann sich der an der GV neu gewählte Präsident direkt in das oberste

Gremium (neben der Parteileitung) der SVP Schweiz einbringen. Auch die beiden Sitze im Zentralvorstand (ZV) wurden der SVP International bestätigt. Neben dem Präsident, der von Amtes wegen im ZV ist, wurde Inge Schütz als freies Mitglied von der SVP International vorgeschlagen und von den Delegierten der SVP Schweiz bestätigt. Sollte Inge Schütz von der GV zur Präsidentin (und somit von Amtes wegen im ZV) gewählt werden, würde der freie Sitz im ZV natürlich an den Vizepräsidenten gehen.

In den letzten Tagen war das **Stimm- und Wahlverhalten der Auslandschweizer** in den Medien ein grosses Thema. Die Schweizer im Ausland würden mehrheitlich rot-grün wählen, hiess es. Dabei ist sehr schade, dass die erwähnte Studie nicht auch die Entwicklung der letzten 20 Jahre miteinbezieht. Diese würde nämlich zeigen, dass der Wähleranteil der SVP bei den Schweizern im Ausland markant zugenommen hat. Dies lässt sich auch an den Mitgliederzahlen der SVP International und den verschiedenen Gründungen von neuen Landessektionen, wie kürzlich in der **Elfenbeinküste**, erkennen. Dies alles trotz der einseitigen und SVP-feindlichen Berichterstattung der „Swiss Revue“. In diesem Sinne können wir stolz sein auf das, was wir bereits erreicht haben und uns freuen, dass wir im Ausland unser Wählerpotenzial noch nicht ausgeschöpft haben. Dazu wünsche ich meinem Nachfolger oder meiner Nachfolgerin viel Erfolg!

**Rolf B. Schudel**, Gordon's Bay (SA)  
Präsident SVP International

## **SVP-Nationalrat im Vorstand der Auslandschweizer-Organisation**

Die Mitglieder des Auslandschweizer-Rates haben an der Jahresversammlung vom 24. März 2012 SVP-Nationalrat Roland Rino Büchel ohne Gegenstimme in den neunköpfigen Vorstand der Auslandschweizerorganisation gewählt.

Büchel ist zugleich der einzige aktive Parlamentarier und der erste Vertreter der SVP im Gremium, das die 700'000 Auslandschweizer vertritt.

Das Mitglied der Aussenpolitischen Kommission reichte im März letzten Jahres die vielbeachtete Interpellation „Fragwürdige Schliessung von Konsulaten“ ein.

Die Antworten des Bundesrats auf eine Interpellation mit Fragen zur freiwilligen AHV für Schweizer im Ausland werden mit Spannung erwartet. Büchel reichte den Vorstoss in dieser Frühlingssession ein.

Der mehrsprachige Ostschweizer hat vor allem im Sport-Management, aber Ende 80er/Anfang 90er Jahre auch als Angestellter des EDA (mit Einsätzen in Venedig, Buenos Aires, Marseille, Mailand und Paris) auf insgesamt vier verschiedenen Kontinenten gearbeitet.

Dank seiner umfangreiche Ausländerfahrung und seinem Mandat als Nationalrat ist Büchel als Vertreter der Schweizer im Ausland prädestiniert. Er wird in seiner neuen Funktion im Auslandschweizer-Rat auch seine guten Beziehungen zu vielen konsularischen Mitarbeitern des EDA zugunsten der Auslandschweizer nutzen.



Mehr zu Roland Rino Büchel unter:  
[www.rolandbuechel.ch](http://www.rolandbuechel.ch)

## **Parolen für die Abstimmungen vom 17. Juni 2012**

**An der eidgenössischen Volkabstimmung vom 17. Juni 2012 kommen drei Vorlagen zur Abstimmung: Die Volksinitiativen «Eigene vier Wände dank Bausparen» und «Staatsverträge vors Volk!» und die Integrierte Versorgung (Managed-Care-Vorlage).**

Der Vorstand der SVP International hat hierzu folgende Parolen gefasst:

- [Volksinitiative „Eigene vier Wände dank Bausparen“: JA](#)
- [Volksinitiative „Staatsverträge vors Volk!“, JA](#)
- [Managed-Care-Vorlage: NEIN](#)

### **Ja zur „Staatsvertrags-Initiative“**

Das „Erfolgsmodell Schweiz“ basiert auf der weltweit einmaligen typisch schweizerischen „direkten Demokratie“: Nirgendwo sonst auf der Welt kann die Bevölkerung bei allen Sachthemen mitreden wie in der Schweiz. Das Ergebnis spricht für sich: Selbst in den angeblich „reichen Staaten“ wie den USA, Deutschland und Frankreich macht sich unter der einfachen Bevölkerung erschreckende Armut breit, während die Schweiz – ohne Rohstoffe – in der Vergangenheit einen erstaunlichen Wohlstand für unsere Durchschnittsbevölkerung geschafft hat. Je mehr die Schweiz mit Staatsverträgen die ausländischen Gesetzgebungen übernimmt, desto grösser wird die Gefahr, dass wir auch die ausländischen Probleme übernehmen.

#### **Wieso soll der Grundsatz nicht auch in der Aussenpolitik stimmen?**

Mit der vorliegenden „Staatsvertrags-Initiative“ soll die direkte Demokratie auch in der Aussenpolitik gestärkt werden. In der Vergangenheit kam nur gerade in zwei Fällen – nämlich bei der „ersten UNO-Abstimmung“ 1984 und beim EWR (1992) – das obligatorische Referendum (also eine automatische Volksabstimmung ohne Unterschriften-Sammlung) zur Anwen-

dung. Die Initiative fordert, dass künftig in allen „wichtigen Bereichen“ bei Staatsverträgen zwingend eine Volksabstimmung stattfindet. Dies würde wichtige Doppelbesteuerungsabkommen, Kredite an den internationalen Währungsfonds, Erweiterung der bilateralen Verträge mit der EU, wichtige Freihandelsabkommen (z.B. bezüglich Landwirtschaftsabkommen mit der EU), Ausweitung der Personenfreizügigkeit auf neue EU-Mitglieder etc. betreffen.

Weshalb soll mehr Mitspracherecht in der Aussenpolitik negativ sein? Es ist deplatziert, wenn die Gegner in ihren Flugblättern behaupten, die Initiative „führt zu teuren Leerläufen“, sie „schadet der Schweiz, weil sie den Bundesrat bei internationalen Verhandlungen schwächt“ und sie „schadet der Wirtschaft, die auf funktionierende Staatsverträge angewiesen ist.“ (Zitate aus dem gegnerischen Flugblatt).

### **Das Volk ist am wenigsten erpressbar**

Auch wenn Politiker und Wirtschaftsvertreter mit besten Absichten agieren, so sind ihre Entscheidungen in aller Regel doch interessengebunden. Sie können viel leichter unter Druck gesetzt werden als die Schweizer Bevölkerung als Ganzes. Man nehme das jüngste Beispiel der Banken und der „USA-Verträge“, zu denen das Schweizer Volk nichts zu sagen hatte. Ich begreife, dass hohe Banken-Vertreter einknicken und die Übernahme von ausländischen Regeln befürworten, wenn sie befürchten müssen, verhaftet und an die USA ausgeliefert zu werden, wenn sie ins Ausland reisen. Ich begreife auch, dass Wirtschaftsvertreter nachteiligen Gesetzen und Regeln zustimmen, wenn ihnen wirtschaftlich das Wasser am Hals steht oder wenn sie mit ihrer Haltung Aufträge sichern können, die ihnen Gewinne beschere. Aber die Bevölkerung als Ganzes lässt sich nicht so leicht unter Druck setzen und sich von Einzelinteressen bzw. von einzelnen Geschäften leiten.

### **Politiker und Wirtschaftsvertreter täuschen sich oft**

Ich staune manchmal selbst, wie der „einfache Bürger“ die Zukunft viel besser beurteilt als die politische Elite. Man denke an die kapital falschen Prognosen, die von den massgebenden Schweizer Politikern (und auch Wirtschaftsvertretern) bei der Personenfreizügigkeit und beim Schen-

gen-Abkommen gemacht wurden: Das Bankgeheimnis sei gesichert, die Sicherheit in der Schweiz werde durch die Grenzöffnung erhöht, das Asylproblem werde weitgehend gelöst, weil man die Asylbewerber in die angrenzenden Länder zurückschicken könne. Die Bevölkerung war und ist viel realistischer. Man denke vor allem auch an den „politischen Matchball“, den EU-Beitritt. Die Mehrheit der Schweizer Bevölkerung ist und war immer dagegen. Hätten wir auf die massgebenden Leute in Politik und Wirtschaft gehört, wären wir längst EU-Mitglied. Heute beginnt man zu sehen, in welches Chaos sich die EU hineinmanövriert. Langsam merkt auch die schweizerische Elite, dass das Volk Recht hatte.

Was im Grossen gilt (EU-Beitritt), gilt auch im Kleinen (einzelne Staatsverträge). Ich habe mehr Vertrauen in die Schweizer Bevölkerung als in Einzelpersonen, bei denen nie ganz sicher ist, ob sie eigene Interessen vertreten. Mein grösseres Vertrauen in die Bevölkerung gilt sogar bei komplexen und schwierigen Themen. Wenn unsere Politiker und Wirtschaftsvertreter ohne Diskussion unvorstellbar teuren „Rettungsschirmen“ zustimmen oder wenn unser Nationalbankgold verkauft wird, so vertraue ich lieber auf das Sensorium der breiten Bevölkerung. Das Volk sagt nicht so schnell „Ja“ zu Projekten, die zu Fässern ohne Boden ausufernd können.

### **Der schleichende EU-Beitritt als grosse Gefahr**

Im Flugblatt der Gegner der Initiative schreibt eine SP-Ständerätin: „Die Welt befindet sich wirtschaftlich und politisch in einer schwierigen Phase. Die Schweiz ist deshalb darauf angewiesen, dass sie ausserpolitisch handlungsfähig bleibt. Wir können es uns nicht leisten, international zum Spielball zu werden.“ Und weiter steht im Flugblatt, die Initiative wolle angeblich „unser Land gegen aussen abschotten“.

Solche Aussagen muten im heutigen Umfeld an wie ein Witz. Wer wird zum Spielball von wem, wenn das Schweizer Volk nichts zu sagen hat? In jüngster Zeit wird uns mit erschreckender Deutlichkeit vor Augen gehalten, wie die Schweiz gegenüber dem Ausland bei jeder Gelegenheit einknickt. Es wäre ein riesiger Vorteil, wenn unsere Unterhändler darauf verwei-

sen könnten, dass die Schweizer Bevölkerung die ausgehandelten Verträge nachträglich noch zwingend absegnen muss. Damit wird die Verhandlungsposition der Schweiz gestärkt, nicht geschwächt, wie das die Initiativ-Gegner behaupten.

Wenn die erwähnte SP-Ständerätin von „international handlungsfähig bleiben“ redet, müssten ohnehin alle Alarm-Glocken läuten. Dass jemand, der in die EU drängt, niemals für die Ausweitung der direkten Demokratie eintreten kann, ist logisch. Denn wer will, dass wir uns den Regeln von Brüssel unterwerfen, kann natürlich keinesfalls eine Lösung akzeptieren, bei der die Schweizer Bevölkerung an der Urne das Sagen behält und andere Lösungen durchsetzen kann, als sie Brüssel, Washington oder wem auch immer, vorschweben. So gesehen ist ein „Ja“ zur Initiative auch ein zusätzliches Bollwerk gegen einen EU-Beitritt.

**Luzi Stamm**, Nationalrat  
Vorstandsmitglied SVP International

## **Die Schweiz wird überrannt**

Rekordzustrom von Grenzgängern in die Schweiz laut Bundesamt für Statistik (BFS) vom 05.03.2012:

Frankreich 136'488, Italien 59'118, Deutschland 54'496, Österreich 8'309. Im Ganzen 258'411.

Arbeitslosenquote Ende April 2012 in der Schweiz 3,1 % (123'158 Arbeitslose), davon 45,9% Ausländer.

Gemäss Bundesamt für Migration hat die Zuwanderung der Ausländer (ohne Grenzgänger) 2011 um 74'138 Personen zugenommen, rein netto (also abzüglich Auswanderung), versteht sich. Dies entspricht einem Anstieg auf 1.75 Millionen Ausländer in der Schweiz. Bei einer Bevölkerung von 7,9 Millionen Einwohnern beträgt der Ausländeranteil mittlerweile 22,3 Prozent (ohne Kurzaufenthalter, Asylsuchende sowie ca. 300'000 Illegalen). Nicht eingerechnet sind darin die Eingebürgerten. Allein in den letzten zehn Jahren haben 405'993 Personen einen Schweizer Pass erhalten. Landesweite Erhebungen bestätigen seit Jahren unlieb-

same Auswirkungen aufgrund massloser Einwanderung in die Schweiz. Die Zuwanderungszahlen aus dem Ausland bewirken, dass 2035 die Wohnbevölkerung in der Schweiz die 10 Millionen-Grenze erreicht haben wird. Pro Jahr wächst die Schweiz also um eine mittelgrosse Stadt wie St. Gallen.

Hauptursache für den deutlichen Anstieg ist die Personenfreizügigkeit (PFZ). Die masslose Einwanderung ist Bundesbern völlig entglitten und daher sind wir dem PFZ-Scherbenhaufen weitgehend wehrlos ausgeliefert. Ungeachtet der Tatsache, dass die SVP seit langem fordert, die Notbremse (Ventilklausel) zu ziehen, hat es die Politik sträflich versäumt, die Zuwanderung gegen unkontrolliertes Wachstum zu korrigieren. Den Bundesrat beschäftigt das kaum. Man schaut seelenruhig zu und setzt stümperhaft aufs Prinzip Hoffnung.

In den meisten Bereichen sind die Folgen für die breite Mehrheit unerträglich. Umwelt, Schulen, Gesundheitswesen, Sozialwerke, steigende Wohnkosten, Löhne geraten unter Druck, die Spannungen in der Gesellschaft nehmen zu. Zersiedelung, Überforderung der Verkehrs- und Energieinfrastruktur, verdichtetes Wohnen führen zu Konflikten. Von der intakten Natur wird bald nicht mehr viel übrig sein. Pro Sekunde wird heute in der Schweiz ein Quadratmeter Land verbaut. Bundesbern braucht dringend eine neue Zuwanderungslösung unter anderem mit energischen Anpassungen im Ausländerrecht zum Familiennachzug aus Drittstaaten.

Verpasst der Bundesrat weiterhin die Chance, das Heft endlich entschlossen in die Hand zu nehmen und die Zuwanderung auf allen Ebenen so weit wie möglich zu steuern, wird eine Neuverhandlung der Personenfreizügigkeit unausweichlich. Die Schweiz muss in der Migrationspolitik endlich klare Ziele setzen: qualitativ und quantitativ. In unserem Land wird es eng.

Daher hat die SVP am 14.02.2012 die Volksinitiative «gegen die Masseneinwanderung» eingereicht, damit die Schweiz die Zuwanderung wieder eigenständig steuern kann.

**Viktor Nell**, Ampolla (Spanien)  
Mitglied SVP International

## **Die Eidgenossenschaft 2012**

---

Mit ihren 23% Ausländeranteil, Tendenz steigend, und den unzähligen neuen Schweizern ist die Eidgenossenschaft so schlecht daran wie seit 1291 nicht mehr.

Die SVP weist schon lange auf das Problem Schengen hin. Steigende Kriminalität, Sozialabzockerei und verfälschte Arbeitslosigkeit wird unserem Vaterland das Genick brechen. Vor allem die sogenannten „Fachkräfte“ aus Deutschland sind eine grosse Gefahr für unser Vaterland und den sozialen Frieden. Bei Verkehr, Spitälern und der Wirtschaft sitzen sie in leitenden Positionen, wo sie Einfluss auf das Personalwesen haben. Lohndumping, Anwerbung von deutschem, schlechter qualifiziertem Personal, welches auf unsere Kosten aus- und weitergebildet wird und den Schweizern den Arbeitsplatz streitig machen, sind die Folgen. Dem Tessin und dem Welschland wird es nicht anders ergehen mit der Zuwanderung aus Italien und Frankreich.

Immer mehr Eidgenossen ziehen es vor, zu schlechteren Konditionen Auszuwandern, als sich den neuen Chefs zu unterwerfen.

Die SVP bietet der anbahnenden Katastrophe als einzige Partei der Schweiz noch die Stirn.

Aber auch in der Presse sitzen die sogenannten Fachkräfte, und da muss man sich nicht wundern, wieso die SVP nicht in Diskussionsrunden eingeladen wird, wo es um das Ausländer- und Ausschaffungsproblem geht.

Wie das weitergehen soll? Die SVP hat die Antwort, nur niemand hört zu, und wenn es zu spät ist, sagen alle wieder, wir haben es ja schon lange gesagt.

**Karl Bachmann**, Kroatien  
Vorstandsmitglied SVP International

## **Bundesrätliches Ablenkungsmanöver zur Volksinitiative am 17. Juni 2012**

---

Der Bundesrat wie auch die Gegner zur Staatsvertrags-Initiative werden nicht müde, dem Stimmbürger einzureden, das

Volk verfüge bereits über genügend Mitspracherecht in der Aussenpolitik. Seit Monaten lässt Bundesbern nichts unversucht, den Souverän als unmündig darzustellen in Sachen Staatsverträgen. Mit erstaunlicher Geschlossenheit verweigert die arrogante Elite die Mitsprache der Bürger zu aussenpolitischen Kernfragen. Von links bis rechts, Gewerkschaften und Wirtschaftsverbände bekämpfen die Initiative mit allen finanziellen und rhetorischen Mitteln, um den aufmüpfigen Bürgern demokratische Rechte zu verweigern.

Zurecht und in Bestätigung der Bundesverfassung Art. 164 schreibt die Bündner stv. Grossrätin, Elvira Hengeveld, in der Prättigauerzeitung, 19. April 2012 u.a.; „Unsere weltweit einzigartigen Volks- und Freiheitsrechte und die direkte Demokratie sorgen dafür, dass das Schweizervolk bei allen wichtigen Fragen das letzte Wort hat“. Wer sicher sein will, dass diese für unser Land und die Souveränität grundlegenden Fragen dereinst dem Stimmbürger vorgelegt werden, muss der Volksinitiative „Staatsverträge vors Volk!“ unbedingt zustimmen. Die Initiative stärkt auch die Kantone, die von aussenpolitischen Abmachungen oft mitbetroffen sind, jedoch bis heute nichts zu sagen haben.

Die Praxis zeigt, dass Staatsverträge eine ungeahnte Dynamik entwickeln und weitreichende Folgen nach sich ziehen, wie wir das beispielweise vom Schengen-Abkommen mit der EU her kennen. Bereits jetzt hat das Schweizervolk zu neuem Schengen-Recht und zur Erweiterung der Personenfreizügigkeit nichts mehr zu sagen. Internationale Abkommen ohne Mitsprache des Volkes sind Knebelverträge zum Nachteil der Schweiz. Und die Kosten? Sogar in dieser Frage fallen die finanziellen Einwände vom Bundesrat und der gegnerischen Allianz weg. Eine Studie geht von «zwei oder drei» zusätzlichen Abstimmungsfragen pro Jahr aus. Diese könnten mit anderen Urnengängen zusammengelegt werden. Mit einem JA wird die aussenpolitische Glaubwürdigkeit gestärkt. Nur wer das Stimmvolk hinter sich weiss, kann im Interesse der Schweiz handeln.

**Viktor Nell**, Ampolla (Spanien)  
Mitglied SVP International

## SVP International gründet Sektion in Côte d'Ivoire

---

Aus dem Communiqué der SVP International vom 22. Mai 2012:

*„Die Auslandschweizer-Sektion der Schweizerischen Volkspartei wächst seit Jahren sehr dynamisch. Die Mitgliederzahlen nehmen jährlich zu, weltweit entstehen neue Sektionen. Nach der Gründung der SVP Costa Rica im letzten Jahr hat der schweizweit bekannte Unternehmer Johann Dähler („Ananas-Dähler“) nun auch die SVP Elfenbeinküste ins Leben gerufen.“*

Wir danken Johann Dähler, Amélie Tissot, der Präsidentin der neuen Sektion und den anderen Gründungsmitgliedern der SVP Elfenbeinküste für Ihr Engagement zugunsten der SVP und zugunsten der Schweiz und hoffen auf einen regen Austausch.

## Termine 2012:

---

Die **Delegiertenversammlungen** der SVP Schweiz finden 2012 noch an folgenden Daten statt:

**Samstag, 25. August 2012**

**Samstag, 27. Oktober 2012**

Als Mitglied der SVP International sind Sie immer eingeladen, als Gast oder bei freien Delegiertenkarten auch als Delegierter an einer DV der SVP Schweiz teilzunehmen. Falls Sie Interesse an einer Teilnahme haben, melden Sie sich bei uns!

**Die nächste Generalversammlung der SVP International wird am 17. August 2012 in Lausanne stattfinden** – wie immer im Rahmen des Auslandschweizerkongresses der ASO. Eine Einladung werden Sie in den nächsten Tagen erhalten.